

SITZUNGSPROTOKOLL

Nr. 42

- Gemeinderat -

vom 15. November 2007

Niederschrift über die **42. Sitzung** des Gemeinderates am **Donnerstag, den 15. November 2007**, im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Volders.

Beginn: 20.00 Uhr
Ende: 22.30 Uhr

GR-Fraktion: **Anwesende Gemeinderatsmitglieder:**

**"Gemeindeliste Volders -
Liste 1"**

Bgm. Harb Maximilian
GR Klingenschmid Johann Georg (Ersatz)
GV Mag. Stauder Wilfried
GR Hoppichler Ferdinand
GR Markart Elisabeth
GR Dr. Klausner Johannes
GR Pleschberger Herbert

"Wir Volderer"

GV Moriel Hubert
GR Junker Gerhard
GR Angerer Gertraud

"Gemeinsam für Volders"

GV DI Wessiak Horst
GR Frischmann Josef
GR Heiss Karl-Heinz

**"Zuerst für unsere Gemeinde -
SPÖ Volders"**

GV Gasser Christian
GR Baumann Gerd

"Grüne Liste Volders"

GR Mag. Krug Andreas

"Wirtschaft und Arbeit"

GR Wurm Helmut

Schriftführer: VB Gosch Maria (bei der Sitzung anwesend)
Gem. Sekr. Wurzer Josef (Protokollausfertigung)

TAGESORDNUNG

- 1.) Vorlage der Niederschrift über die 41. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2007.
- 2.) Berichte des Bürgermeisters:
Allgemeiner und ergänzender Bebauungsplan für das Ortsgebiet (Info).
u.a.

Bericht / Anträge Überprüfungsausschuss:

- 3.) Bericht über die Sonderprüfung „Hauptschule Volders (Erweiterung und Sanierung)“.

Bericht / Anträge Finanzausschuss:

- 4.) Haushaltsüberschreitungen; Kreditübertragungen.
- 5.) Abwasserbeseitigung, Verbandssammler Volders (2. Baustufe) / Ausbaukonzept (Regenwasserausleitung in den Inn) / Finanzierung?
- 6.) Hundesteuersatzung; Änderung der Tarife / Inkrafttreten der geänderten Satzung?
- 7.) Kindergarten; Transport von Kindern im Kindergartenjahr 2007/2008.
- 8.) Städtische Musikschule Hall; Erhöhung des Abgangsdeckungsbeitrages.

Bericht / Anträge Ausschuss für Umwelt, Energie, Verkehr u. nachhaltige Entwicklung:

- 9.) Diverse Berichte und Anträge.
- 10.) Verkehrsverhältnisse Volders; Antrag von Manfred Lechner, Volderer Weg Nr. 41 a, Wattens, auf Verfügung eines Fahrverbotes für Mopeds auf dem Wattener Weg (Verbindungsweg zwischen Volders und Wattens).
- 11.) Abschluss einer Klimaschutz – Zielvereinbarung im Rahmen des **klima:aktiv mobil** / Beratungs- und Förderprogramms des Lebensministeriums.

Neuaufnahme in die Tagesordnung:

- 12.) Bebauungsplanänderung (GZI. 029):
Erlassung eines „Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes“ für die Gste. 1182/16 u.a., KG Volders (Bereich Moatelerweg).
- 13.) Gemeindesaal Volders; Vergabe eines Wartungsvertrages für den Personenaufzug der Fa. Schindler.

Anträge / Anfragen / Allfälliges (§ 42 TGO 2001).

BESCHLÜSSE/BERATUNG

Bgm. Harb begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates, 1 Zuhörer und 1 Pressevertreterin sehr herzlich zur Sitzung. Er stellt in der Folge fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und leitet zur Tagesordnung über.

Bgm. Harb stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 12) und 13) nachträglich in die Tagesordnung aufzunehmen und zu behandeln und zwar:

- 12.) Bebauungsplanänderung (GZI. 029):
Erlassung eines „Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes“ für die Gste. 1182/16 u.a., KG Volders (Bereich Moatelerweg) / Behandlung der eingelangten Stellungnahme.

- 13.) Gemeindesaal Volders; Vergabe eines Wartungsvertrages für den Personenaufzug der Fa. Schindler.

Beschluss: Einstimmig wird dem Antrag, die Tagesordnung wie angeführt abzuändern bzw. zu ergänzen, stattgegeben.

- zu 1) **Vorlage der Niederschrift über die 41. Sitzung des Gemeinderates vom 11.10.2007.**

Der Wortlaut der Niederschrift über die Gemeinderatssitzung Nr. 41 vom 11.10.2007 wird zur Kenntnis genommen und einstimmig genehmigt. Anschließend erfolgt die Unterfertigung des Protokolls.

- zu 2) **Berichte des Bürgermeisters:**

Allgemeiner und ergänzender Bebauungsplan für das Ortsgebiet (Info).

Bgm. Harb teilt mit, dass im Techn. Ausschuss zuletzt zusammen mit dem Raumplaner, Herrn Arch. DI Stock, die Entwürfe für die einzelnen Bebauungspläne für die gewidmeten, aber noch unbebauten Grundstücke durchgearbeitet wurden (insgesamt 37). Es sei nun geplant, für 3.12.2007 auch alle übrigen Gemeinderäte zu einer erweiterten Sitzung des Techn. Ausschusses einzuladen. Bei dieser Sitzung könne man sich dann im Detail mit den einzelnen Plänen befassen. Für eine Gemeinderatssitzung wäre dies einfach zu umfangreich.

Index: Bebauungsplan; Allgemeiner und ergänz. Bebauungsplan für d. Ortsgebiet (info)

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Informationen des Bürgermeisters einstimmig zur Kenntnis.

Bericht / Anträge Überprüfungsausschuss:

- zu 3) **Bericht über die Sonderprüfung „Hauptschule Volders (Erweiterung und Sanierung)“.**

GV DI Wessiak berichtet über die durchgeführten drei Sondersitzungen (24.9., 4.10. und 15.10.2007) des Überprüfungsausschusses betreffend die Erweiterung und Sanierung der Hauptschule Volders. So habe sich gezeigt, dass als einziger Mangel eigentlich nur die Elektroarbeiten zu nennen seien. In diesem Bereich habe es eine Kostenüberschreitung von 36% gegeben (rund 67.000,-- Euro). Man sei dem genauer auf den Grund gegangen und habe festgestellt, dass einerseits ein Kabelmehrverbrauch zu verzeichnen war (vom Elektroplaner vollkommen falsch eingeschätzt) und andererseits Dinge einfach neu dazu kamen. Künftig werde man veranlassen, dass ein Planer die Mengen vor einer Ausschreibungsabgabe überschlagsmäßig überprüfen muss, damit solche Dinge nicht mehr passieren. Auch mit Bietern werde man vereinbaren, dass Mehrmassen rechtzeitig bekannt gegeben werden müssen. Ansonsten hätte man alle Fragen, die im Zuge der Prüfung aufgetaucht seien, beantworten und klären können. Bei einer Betrachtung der Finanzierung und Ausgliederung in eine KEG hätte sich bestätigt, dass sich diese Vorgangsweise gelohnt habe, weil durch den Mehrwertsteuervorteil rund 360.000,-- Euro mehr zur Verfügung standen. Wenn man bedenke, dass man mit diesen frei werdenden Mitteln andere Vorhaben bewerkstelligen konnte,

ohne dafür auch Darlehen aufnehmen zu müssen, so sei unter Berücksichtigung dieses Zinsvorteils diese Entscheidung richtig gewesen. Der einzige Schönheitsfehler sei der, dass man die Kosten, die durch die Bildung von GmbH und KEG entstanden (z.Bsp. Bilanzerstellung, etc.), zu wenig dargestellt habe. Positiv habe man im Prüfbericht festgehalten, dass die Geschäftsführer der beiden Gesellschaften kein Honorar erhalten. Zusammenfassend habe sich feststellen lassen, dass der eingeschlagene Weg sich vor allem dann als richtig erweisen werde, wenn man weitere Vorhaben über diese KEG abzuwickeln gedenke. Abschließend meint GV DI Wessiak, dass dies in sehr kurzen Sätzen dieses Prüfungsergebnis wiedergebe. Er wolle sich bei den Bediensteten für die Bereitstellung der Unterlagen und für die Mitarbeit bedanken, aber auch bei den Ausschussmitgliedern, die wertvolle Abendstunden für diese Prüfung geopfert hätten.

Bgm. Harb bedankt sich seinerseits beim Ausschuss für den vorliegenden Bericht, zeigt sich aber auch sehr erfreut über das positive Ergebnis der Prüfung.

GR Mag. Krug hält fest, dass wohl Geld eingespart worden sei, dass dieses Geld aber nicht in der Gemeindekasse verblieben sei, weil doch etliche Maßnahmen während der Bauphase hinzugekommen seien (Sanierungen im Altteil, etc.). Auch sollte man während der tilgungsfreien Zeit des Darlehens der KEG die Gelegenheit nützen, höher verzinsten Darlehen vorzeitig zurückzuzahlen.

GV Mag. Stauder meint, es sei gedacht, wenn es die Finanzmittel der Gemeinde erlauben, Geld der KEG zuzuführen. Ein erheblicher Teil der laufenden Gemeindedarlehen sei ja zinsgestützt. Eine vorzeitige Tilgung würde daher nicht immer von Vorteil sein.

Bgm. Harb meint, er sei der erste, der bei Vorhandensein überschüssiger Geldmittel dafür eintrete, höher verzinsten Darlehen vorzeitig zurückzuzahlen.

GV DI Wessiak meint abschließend, dass dies auch im Prüfbericht so stehe. Denn bei vorzeitiger Tilgung von Darlehen komme dieser Vorteil durch diese KEG-Lösung noch mehr zum Tragen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr zum Prüfbericht vorgetragen werden, lässt Bgm. Harb über den Bericht abstimmen.

Beschluss: Der Bericht des Überprüfungsausschusses über die Sonderprüfung „Hauptschule Volders (Erweiterung und Sanierung)“ wird vom Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Index: Überprüfungsausschuss, Sonderprüfung „Hauptschule Volders“
Hauptschule Volders, Sonderprüfung durch Ü-Ausschuss

Bericht / Anträge Finanzausschuss:

zu 4) **Haushaltsüberschreitungen; Kreditübertragungen.**

GV Mag. Stauder bringt die vorliegende Haushaltsplan-Überschreitungsliste mit Stand 12.11.2007 zur Kenntnis und erörtert dabei die einzelnen Ansatzüberschreitungen. Aufgelistet sind Überschreitungen im Betrag von € 51.300,-. Die Bedeckung ist durch Mehreinnahmen möglich (siehe vorliegende Auflistung).

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die eingetretenen Überschreitungen zur Kenntnis und genehmigt einstimmig die vorgeschlagene Bedeckung.

Index: HH-Planüberschreitungen, Stand 12.11.2007

zu 5)

Abwasserbeseitigung, Verbandssammler Volders (2. Baustufe) / Ausbau-konzept (Regenwasserausleitung in den Inn) / Finanzierung?

Bgm. Harb erklärt, dass auf Grund der zunehmenden Besiedelung (Hausdächer) und Oberflächenverdichtung (Straßen, Vorplätze, etc.) die Einleitung von Oberflächenwässern mehr und mehr zunimmt und daher bei starken Regenfällen die bestehende Kanalisation nicht mehr ausreicht, den Mehranfall abzuleiten. Vermehrt komme es deshalb zu Rückstau im Kanalsystem. Vorgesehen sei daher eine neue Regenwasserausleitung in den Inn bzw. der Austausch der bestehenden Ausleitung im Bereich der bestehenden Pumpstation.

Baukosten:

voraussichtliche Investitionskosten	€	622.000,--
Nebenkosten	€	60.000,--
<u>Unvorhergesehenes</u>	<u>€</u>	<u>38.000,--</u>
Summe / netto	€	720.000,--

Finanzierung:

Darlehensaufnahme durch Abwasserverband Hall – Fritzens
(bessere Konditionen)

Belastung der Gemeinde mit Annuitätenzahlungen erstmals im HH-Jahr 2009

Baubeginn:

voraussichtlich Herbst 2008

GV DI Wessiak erläutert über Ersuchen von Bgm. Harb das Projekt anhand des vorliegenden Planes noch etwas mehr im Detail und erklärt u.a., dass letztlich aus Haftungsgründen die Realisierung dieser neuen Regenwasserausleitung unbedingt notwendig erscheint. Rückstauklappen würden verhindern, dass Wasser aus dem Inn sich bis zu den Häusern zurück staut und dort Schäden verursacht.

Auf die Frage von GV Gasser, wie es mit Förderungen aussieht, meint Bgm. Harb, dass dies noch geklärt werden müsse. Diesbezügliche Informationen werde der Gemeinderat aber noch erhalten.

Beschluss: Einstimmig erklärt sich der Gemeinderat damit einverstanden, die Finanzierung der Regenwasserausleitung in den Inn über den Abwasserverband Hall – Fritzens abzuwickeln.

Index: Abwasserbeseitigung, Regenwasserausleitung in den Inn / Finanzierung?

zu 6)

Hundesteuersatzung; Änderung der Tarife / Inkrafttreten der geänderten Satzung?

Bgm. Harb teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Gemeinderates vom 11.10. 2007 unter Pkt. 14, „Hundesteuersatzung; Änderung der Tarife“, vergessen wurde, das Wirksamkeitsdatum festzulegen. Er schlage vor, dass ein Inkrafttreten der geänderten Satzung ab 1.1.2008 erfolgen soll.

GR Mag. Krug meint, der in der letzten Sitzung vorgetragene Entwurf für eine Satzungsänderung sei seiner Meinung nach unvollständig. Bei einigen Tarifen wisse man nicht, ob sie sich verändern oder bleiben. Auch das Ziel, dass der Hundekot aufgenommen werden soll, werde durch eine Erhöhung der Tarife nicht erreicht. Es werde eher das Gegenteil bewirkt. Er wolle, dass sich der Umweltausschuss neuerlich mit dem Thema befasst (Aufnahme von Hundekot auch im Winter,).

Bgm. Harb erklärt, man könne gerne später nochmals über eine Novellierung der Satzung reden. Die Satzungsänderung sei aber grundsätzlich schon beschlossen worden. Er wolle heute nur, dass das Datum des Inkrafttretens beschlossen werde.

GV Gasser zeigt gegenüber GR Mag. Krug sein Unverständnis, warum er heute so populistisch agiere, wo er doch in der letzten GR-Sitzung der Satzungsänderung zugestimmt habe. Nur er sei letztlich gegen diese Änderung gewesen.

Bgm. Harb gibt sich verwundert, dass gerade das Problem „Hundesteuer“ im Gemeinderat immer so viel Diskussion erzeuge. Ihm sei heute wichtig, dass der Termin für das Inkrafttreten beschlossen werde. Diskutieren könne man in den Ausschüssen das Thema sehr gerne. Dafür seien die Ausschüsse.

GV DI Wessiak meint, grundsätzlich sei die Satzungsänderung in der letzten Sitzung rechtmäßig zustande gekommen. Zur Debatte stehe jetzt nur mehr das Inkrafttreten. Er nehme aber die Anregung, diese Sache im Umweltausschuss zu behandeln, gerne auf und werde das bei der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung setzen.

Nach heiterer Diskussion über die Zuständigkeit von Ausschüssen zu diesem Thema wird über den Vorschlag von Bgm. Harb, die geänderte Satzung mit 1.1.2008 in Kraft treten zu lassen, abgestimmt.

Beschluss: Mit 15 Stimmen, gegen 2 Stimmen (GV Gasser, GR Baumann), wird dem Antrag, die mit GR-Beschluss vom 11.10.2007 beschlossene Änderung der Hundesteuersatzung mit 1.1.2008 wirksam werden zu lassen, stattgegeben.

Index: Hundesteuersatzung, Änderung / Erhöhung der Steuer / Wirksamkeit?

zu 7) **Kindergarten; Transport von Kindern im Kindergartenjahr 2007/2008.**

Bgm. Harb erklärt, man habe heuer deutlich mehr Kindergartenkinder zu transportieren als im Vorjahr. Daher seien auch die Kosten ca. um die Hälfte gestiegen.

Strecke / Stationen:

Volders – Ornt – Unterberg = 9,4 x 2 = 18,8 km (5 Kinder)

Volders – Aichereggweg – Auer = 15,8 km (7 Kinder)

Volders – Grubertalstraße – Aichereggweg - Auer = 20,8 km (8 Kinder)

pro Tag:	55,4 km
Kilometerpreis:	€ 1,15
Kosten pro Tag:	€ 63,71
Kosten pro Jahr (186 Tage):	€ 11.850,06 netto
Kosten pro Jahr (186 Tage):	€ 13.035,07 brutto

Beschluss: Einstimmig wird beschlossen, im kommenden Kindergartenjahr 2007/2008 einen Kindergartentransport am Großvolderberg (15 Kinder) und Kleinvolderberg (5 Kinder) durchzuführen. Die Kosten belaufen sich im Kindergartenjahr 2007/2008 auf rund € 11.850,- netto. Den Auftrag zur Durchführung der Transporte erhält die Fa. Federer, Volders.

Index: Kindergarten, Kindergartentransport (Taxi) für 2007/2008

zu 8) **Städtische Musikschule Hall; Erhöhung des Abgangsdeckungsbeitrages.**

Bgm. Harb berichtet, dass die Stadt Hall die Abgangsdeckungsbeiträge relativ stark erhöht hat, nämlich um rund 20%.

Abgangsdeckungsbeitrag bisher	€	181,68	pro Semester
	€	363,36	pro Jahr
Abgangsdeckungsbeitrag neu	€	438,--	pro Jahr

Bgm. Harb meint, es werde der Gemeinde aber nichts anderes übrig bleiben, als diese Erhöhung zu akzeptieren und damit die Musikschüler weiterhin zu fördern. Derzeit würden 12 Schüler die Städtische Musikschule Hall in Tirol besuchen.

Beschluss: Einstimmig erklärt sich der Gemeinderat damit einverstanden, weiterhin den Abgangsdeckungsbeitrag für Schüler der Städtischen Musikschule Hall – auch nach Erhöhung des Beitrages – zu übernehmen (nicht bei musikalischer Früherziehung).

Index: Städtische Musikschule Hall i.T., Erhöhung des Abgangsdeckungsbeitrages

Bericht / Anträge Ausschuss für Umwelt, Energie, Verkehr u. nachhalt. Entwicklung:

zu 9) **Diverse Berichte und Anträge.**

GV DI Wessiak verweist auf die am Vortag stattgefundene Sitzung des Umweltausschusses und ersucht um Nachsicht, dass doch einige Punkte jetzt dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen und zwar Folgendes:

a) **Energiesparförderung; Verlängerung der Förderungsmaßnahmen für die Durchführung von Gebäudedämmungen und für den Einbau von Solaranlagen.**

GV DI Wessiak erklärt unter Verweis auf die vorliegende Zusammenfassung der gewährten Förderungen im abgelaufenen Jahr, dass fast 600 m² Solarfläche neu hinzugekommen sind und bei 14 Objekten Fenstertausch oder Dämmmaßnahmen durchgeführt wurden. Das selbst gesteckte Ziel im Jahr 2005, die Solarfläche bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln, habe man jetzt schon um fast 300 m² überschritten. Derzeit käme auf den Einwohner in Volders eine Kollektorfläche von 0,63 m². Mit ein Grund dafür sei gewesen, dass das Land eineinhalb Jahre lang (bis Ende Juni 2007) Solaranlagen einkommensunabhängig gefördert habe.

Förderungsmaßnahmen 2007 / mit Stand 14.11.2007:

Solaranlagen:

geförderte Anlagen	35
neu entstandene Solarfläche	580 m ²
ausbezahlte Förderung	€ 45.140,40

Fenstertausch / Wärmedämmung:

geförderte Objekte	14
ausbezahlte Förderung	€ 9.319,06

GV Wessiak meint, diesen erfolgreichen Weg sollte man weiterhin fortsetzen, das Förderungsprogramm daher wieder um ein weiteres Jahr (bis Ende 2008) verlängern und die entsprechende Bereitstellung der Finanzmittel im Budget 2008 ebenfalls gewährleisten.

Beschluss: Einstimmig wird beschlossen, die geltenden Richtlinien für die Förderung von Energiesparmaßnahmen (Solaranlagen, Wärmedämmmaßnahmen) um ein weiteres Jahr, nämlich bis 31.12.2008, zu verlängern. Die Richtlinien sind neu abzufassen, gelten ab 1.1.2008 und enden mit 31.12. 2008. Entsprechende Geldmittelvorsorge im Rahmen des e5-Programms ist im Budget für 2008 zu treffen.

Index: Energiesparförderung, Verlängerung d. Förderg. (Solaranlagen, Dämmung)
Solaranlagen, Verlängerung der Förderung (bis 31.12.2008)
Dämmmaßnahmen, Verlängerung der Förderung (bis 31.12.2008)

b) **Radwegkonzept Volders; Mehrzweckstreifen längs der B 171 / Pilotprojekt.**

GV DI Wessiak meint, über das Thema „Mehrzweckstreifen“ habe man im Umweltausschuss bei der gestrigen Sitzung sehr lange diskutiert. So gebe es ja bekanntlich die Möglichkeit – wie in der Straßenverkehrsordnung vorgesehen und im Radwegkonzept von DI Müller ausgearbeitet – entlang der Bundesstraße beidseitig einen Streifen mit Fahrradsymbol zu markieren (Breite jeweils 1,25 m). Fahrradfahrer müssten bei Vorhandensein eines solchen Mehrzweckstreifens diesen Abschnitt benützen und dürften nicht – wie jetzt üblich – den Gehsteig benützen, was teilweise deshalb geschehe, weil sich Radfahrer derzeit im Straßenbereich sehr unsicher fühlen. Für Autofahrer würde sich gegenüber der jetzigen Situation nichts ändern, weil Autolenker auch jetzt schon hinter einem Radfahrer herfahren müssten, wenn ein Gegenverkehr das Überholen eines Radfahrers nicht möglich macht. Autofahrer dürften den Mehrzweckstreifen bei Begegnung mit einem anderen Autofahrer aber auf jeden Fall benützen.

Einige Daten zum Projekt bzw. zu den vorliegenden Plänen:

- Mehrzweckstreifen im Bereich von der Kreuzung Fiegerstraße / Bundesstraße / Bettelwurfstraße bis Kreisverkehr bzw. Einmündung Augasse
- im Umwelt- u. Verkehrsausschuss schon behandelt / im Beisein von GV Moriel
- Projektserläuterung durch DI Allinger-Csollich, Landesverkehrsplanung
- viele positive Beispiele in NÖ (u.a. Baden, Vöslau), in Tirol (Waidring + Kufstein)
- 50 % Förderung durch den Bund im Rahmen des klima:aktiv Programms
- zusätzlich Förderung durch das Land Tirol (weil interessiert an Pilotprojekt)
- Projektsbegleitung u. Unterstützung durch die Landesverkehrsplanung

Folgende Vorgangsweise wäre lt. GV DI Wessiak erforderlich:

- Fassung eines Grundsatzbeschlusses / Pilotprojekt über 2 Jahre
- Landesverkehrsplanung wird aus fachlicher Sicht mit zuständigen Stellen Projekt diskutieren
- Zustimmung einholen bei der Straßenbauabteilung (Vorgespräche haben schon stattgefunden)
- Baubezirksamt wird Planung erstellen und Kostenermittlung durchführen
- Verordnung des Mehrzweckstreifens durch BH-Innsbruck
- geplanter Baubeginn Frühjahr 2008 / Inkrafttreten geplant: Sommer 2008

- Evaluierung nach dem 1. und dann nach dem 2. Jahr
- (mit Kuratorium für Verkehrssicherheit, Befragung der Bürger, usw.....)

In der anschließenden Diskussion kommt unter anderem zur Sprache,

- ... dass teilweise Straßenengpässe (beim Jagerwirt, beim Gh. Marmaris) das Projekt gefährden können (Bgm. Harb, GV DI Wessiak),
- ... dass der Wegfall des Mittelstreifens gewöhnungsbedürftig ist (GV Moriel),
- ... dass man die Bevölkerung einbinden soll mittels Befragung (GV Moriel),
- ... dass die Umbauten Geld kosten werden, die Angst den Radfahrern durch den Streifen nicht genommen wird, man die Leute befragen soll (GV Gasser),
- ... die Entscheidung beim Gemeinderat liegt (Gemeinderat wurde dafür gewählt),
- ... dass man besser das Projekt im Gemeindeblatt (Bgm. Harb, GV Wessiak) oder bei einer Veranstaltung im Saal vorstellen soll (GV Stauder),
- ... dass Haftungsfragen geklärt werden sollen (GR Wurm),
- ... dass Fußgänger und Radfahrer von der Verlangsamung des Verkehrs profitieren (GR Krug),
- ... dass das Projekt grundsätzlich gut ist, weiter verfolgt werden und eine Entscheidung im kommenden Jahr gefällt werden soll (GV Stauder).

Nach weiteren Wortmeldungen wird über das vorliegende Projekt abgestimmt.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Pilotprojekt „Mehrzweckstreifen längs der B 171 (Dauer für 2 Jahre) weiter zu verfolgen, sofern die Unterstützung und die Zustimmung zum Projekt durch die Straßenbauabteilung (Baubezirksamt) und durch das Land Tirol sichergestellt ist. Die Umsetzung des Pilotprojekts bedarf eines eigenen Beschlusses durch den Gemeinderat.

Index: Radwegekonzept Volders, Mehrzweckstreifen längs der B 171 / Pilotprojekt

c) **Klosterstraße: Schließung des fehlenden Straßenteilstückes der Klosterstraße bei den Grundstücken 1286 u. 1288 (südliches Bruggenfeld).**

GV DI Wessiak erinnert an eine im Radwegekonzept dargestellte Radwegverbindung zum Kloster entlang der Bundesstraße ab der Klosterstraße. Dazu habe es den Vorschlag von GR Mag. Krug gegeben, der meinte, man könne als kurzfristige Lösung doch das fehlende Straßenteilstück der Klosterstraße bei den Parzellen 1286 und 1288 (Junker) herstellen. Der dafür notwendige Grund sei ja schon im Besitz der Gemeinde bzw. als Öffentl. Gut ausgewiesen (Plan wird gezeigt). Mit einer Abrundung zum bestehenden Klosterweg hin würde man für Radfahrer mit wenig Mitteln schon eine Radwegverbindung zum Kloster herstellen können. Im besagten Teilstück sei auch bereits der Kanal und die Wasserleitung verlegt. Mehrheitlich habe der Umwelt- u. Verkehrsausschuss in der gestrigen Sitzung vorgeschlagen, diese Wegverbindung herzustellen und die Kosten im Budget 2008 zu berücksichtigen.

Bgm. Harb meint, im mittelfristigen Finanzplan wäre erst für 2009 diese Maßnahme vorgesehen. Laut Bauamtsleiter Ing. Rumetshofer müsste man diese Maßnahme aber erst planen und vorbereiten. In Regiearbeit werde das in der Regel doch teurer. Einen Frostkoffer herzustellen, wäre allerdings nicht das große Problem. Ihn störe allerdings die Führung der Straße. Bei einer Verlegung müsste man jedoch die Leitungen wieder umlegen.

In der weiteren Diskussion wird erklärt, dass man prüfen sollte, ob man nicht doch eine andere Wegführung (geradlinig Richtung Süden) ins Auge fassen sollte. Das müsse man aber mit den Grundbesitzern besprechen.

Beschluss: Dem Vorschlag von Bgm. Harb, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, wird einstimmig stattgegeben. Entsprechende Gespräche mit den Grundbesitzern sind zu führen.

Index: Klosterstraße, Bau d. fehlenden Straßenteilstückes bei Gst. 1288

d) **Verkehrsverhältnisse Volders; Anbringung von Verkehrsspiegeln an Kreuzungsbereichen?**

GV DI Wessiak erklärt, es habe aus einem konkreten Anlass (Antrag von Manfred Koch, Bruggenfeldstraße 6, Volders, auf Anbringung eines Verkehrsspiegels gegenüber der Privatausfahrt), eine neuerliche Diskussion im Verkehrsausschuss zum Thema „Anbringung von Verkehrsspiegeln gegeben. Diskutiert habe man in diesem Zusammenhang auch über einen früheren Antrag im Gemeinderat (Nr. 29 vom 13.7.2006), Verkehrsspiegel an verkehrsneuralgischen Stellen im Ort anzubringen.

- (1) gegenüber der Ausfahrt Wohnhaus Bettelwurfstraße 11 (Privatausfahrt)
- (2) gegenüber der Einmündung der Bettelwurfstraße in die Innstraße
- (3) gegenüber der Einmündung des Reitgrabens in die Innstraße
- (4) gegenüber der Einmündung der Guarinonistraße in die Fiegerstraße
- (5) gegenüber der Einmündung der Urnenfeldstraße in die Fiegerstraße
- (6) gegenüber der Einmündung des Turelerweges in die Rauchenbergstraße bzw. Schlosssiedlung

Vielfach, so meint GV Wessiak, sei ja die Sicht durch Hecken eingeschränkt (Beispiel wird gezeigt). Das Beispiel „Einmündung Reitgraben in die Innstraße“ habe er sich näher angeschaut und festgestellt, dass diese wahrscheinlich aus verkehrstechnischer Sicht unzulässig sei. Nun gebe es den Vorschlag von GR Mag. Krug - geschehen in der Sitzung des Verkehrsausschusses – die neuralgischen Punkte durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit prüfen zu lassen und dann – nach Beratung im Gemeinderat – die vorgeschlagenen Maßnahmen schrittweise zur Ausführung zu bringen. Dabei gehe es ihm nur um Gemeindestraßen bzw. Einmündungen. Private Hausausfahrten auf Straßen (Öffentl. Gut) sollten von der Gemeinde nicht geregelt werden. Diese Probleme könne die Gemeinde nicht lösen.

GV Mag. Stauder gibt zu bedenken, dass eine solche Begutachtung auch Konsequenzen nach sich ziehen werde (Kosten?).

GV DI Wessiak bestätigt, dass dies natürlich mit Investitionen verbunden sein könne. Es werde aber auch Konsequenzen für jene haben, die ihre Hecken in den Straßenbereich hineinwachsen lassen. Diese werde man auffordern müssen, diese zurück zu schneiden oder zu entfernen.

GV Gasser warnt davor, dass hier eine Lawine losgetreten wird. Bald an jeder Ausfahrt im Dorf soll schon ein Spiegel angebracht werden.

Bgm. Harb stimmt dieser Aussage grundsätzlich zu. Es sei ihm aber schon recht, dass bei Straßen, wo es sinnvoll ist, ein Verkehrsspiegel aufgestellt wird.

GR Dr. Klausner meint, jemand, den es betreffe, sehe das anders. Das Hecken schneiden nütze nichts, wenn der Nachbar das nicht tut. Zwingen könne man den nicht. Dazu gebe es keine rechtliche Möglichkeit.

GV Moriel meint, es gebe gefährliche Straßenkreuzungen mit schlechter Einsicht und auch gefährliche Stellen bei Privatausfahrten. Die Anregung, an diesen Stellen Spiegel anzubringen, sei vom Techn. Ausschuss damals eingebracht, dann aber leider abgelehnt worden. Ob es sinnvoll sei, alles vom Kuratorium prüfen zu lassen und den ganzen Ort auf den Kopf zu stellen sei dahin gestellt.

Bgm. Harb sieht das anders. Mit fachmännischen Unterlagen, die man vom Kuratorium bekomme, habe man eine Entscheidungsgrundlage und entscheiden werde immer noch der Gemeinderat.

GV DI Wessiak erklärt, es gehe auch um die Haftungsfrage. Man könne nicht einfach als Gemeinde einen Spiegel aufstellen. Auf den Hinweis von GV Stauder, dass auch die Geschwindigkeit eine Rolle spiele (z.Bsp. bei der Innstraße – Einmündung Reitgraben), meint GV Wessiak, dass solche Dinge in einer Begutachtung natürlich einfließen würden.

GR Mag. Krug verweist auf positive Beispiele in der Nachbargemeinde, wo man auch diesen Weg beschritten habe, das Kuratorium die neuralgischen Punkte anschauen zu lassen. Er wisse nicht, was dagegen spreche. Die Folge müsse ja nicht sein, dass überall Spiegel aufgestellt werden.

Nach weiteren Wortmeldungen wird über den Vorschlag des Verkehrsausschusses abgestimmt.

Beschluss: Einstimmig wird beschlossen, die neuralgischen Kreuzungen, für die im Sommer 2006 Anregungen für die Anbringung von Verkehrsspiegeln eingebracht wurden, vom Kuratorium für Verkehrssicherheit, gemeinsam mit den zuständigen Ausschüssen (Bauausschuss, Verkehrsausschuss), begutachten zu lassen. Die Verbesserungsvorschläge sind dann dem Gemeinderat zu unterbreiten.

Index: Verkehrsverhältnisse Volders, Verkehrsspiegel an Kreuzungen?
Verkehrsspiegel, Anbringung an Kreuzungen?
Kuratorium für Verkehrssicherheit, Begutachtung von Kreuzungen

e) **Verkehrskonzept Region Wattens; Regio-Bus / Finanzierung?**

GV DI Wessiak erwähnt, dass es seit längerem schon den Versuch gebe, den Werksverkehr der Fa. Swarovski in das Konzept eines Regionalbusses einzubinden. Verhandlungen gebe es diesbezüglich schon seit 2 – 3 Jahren. Vor etwa 1 – 2 Monaten habe es dann einen neuen Vorschlag gegeben, wobei das größte Problem die Finanzierung gewesen sei. Mittlerweile habe man eine von der Kostenseite her vertretbare Größe gefunden, bei der die kleineren Gemeinden etwa einen Beitrag von rund 16.000,-- zu leisten hätten.

Gesamtkosten / ca.	€	730.000,--
Übernahme durch VVT / ca.	€	78.000,--
<u>geschätzte Einnahmen / ca.</u>	<u>€</u>	<u>10.000,--</u>
Zwischensumme / ca.	€	642.000,--
<u>Zuschuss Fa. Swarovski (für Werksverkehr)</u>	<u>€</u>	<u>100.000,--</u>
gemeinwirtschaftlicher Abgang	€	542.000,--

Förderung durch Land Tirol	€	225.000,-- *)
Zuschuss Marktgemeinde Wattens	€	190.000,-- **)
Verteilung auf restliche 8 Gemeinden / ca.	€	127.000,--
je Gemeinde / rund	€	16.000,--

*) Land Tirol: ursprünglich € 185.000,--

**) Gde. Wattens: ursprünglich € 150.000,--

Teilnehmende Gemeinden: Wattens, Volders, Mils, Baumkirchen, Fritzens, Terfens, Kolsass, Weer, Kolsassberg

GV DI Wessiak meint, es bekomme Volders für dieses Geld eine neue Regio-Busverbindung vom Bahnhof in Fritzens nach Volders (Ortszentrum), weiter nach Baumkirchen, wieder nach Fritzens und umgekehrt. Auch die Hauptschule sei in diese Linie eingebunden (für Hauptschüler aus Baumkirchen). Das Land und auch die Marktgemeinde Wattens hätten für diesen Regio-Bus tief in die Tasche gegriffen, um den Nachbargemeinden die Finanzierung zu ermöglichen. Der Probetrieb laufe vorerst ca. 2 Jahre.

Bgm. Harb berichtigt die letzte Aussage und meint, der Vertrag würde auf 8 Jahre abgeschlossen, aber mit einer Ausstiegsklausel nach 2 Jahren.

GV DI Wessiak führt weiter aus, dass vorerst 3 Busse, zum Teil stündlich, manchmal alle 2 Stunden, die einzelnen Dörfer auf getrennten Linien abfahren würden. Schade sei, dass das Krankenhaus in Hall nicht angefahren werde. Das würde aber einen 4. Bus erfordern. Man sollte dieses Ziel jedoch nicht aus den Augen verlieren.

Bgm. Harb sieht hier nicht das größte Problem. Es sei den Leuten zuzumuten, die kurze Strecke vom sog. „Alten Zoll“ bis zum Krankenhaus zu gehen.

GV Mag. Stauder meint, dieser Regio-Bus würde Volders nicht sehr viel bringen. Im Interesse des Ganzen sollte man aber mittun.

Bgm. Harb meint abschließend an diese Wortmeldungen, dass diese Busverbindungen keinen Bestand haben werden, wenn sie die BürgerInnen nicht annehmen.

Beschluss: Einstimmig wird beschlossen, sich am Regio-Bus-Projekt der Region 19 zu beteiligen. Die entsprechenden Geldmittel sind in den kommenden Budgets vorzusehen.

Index: Verkehrskonzept Region Wattens, Regio-Bus / Finanzierung
Regio-Bus, Finanzierung?

f) **Energiesparmaßnahmen; Gerätetauschaktion für Kühl- u. Gefriergeräte.**

GV DI Wessiak verweist auf Zeitungsartikel der letzten Tage, wonach die Tiroler Energieversorger (mit Ausnahme der Innsbrucker Kommunalbetriebe) bis Ende Jänner 2008 den Austausch von alten, energiefressenden Kühlgeräten - und zwar gegen energiesparende A+ oder A++ Geräte - fördern. Das, was bei neuen Geräten an Strom eingespart werden könne, sei teilweise das Doppelte – manchmal das 3-fache - das ein altes Gerät verbraucht. Nun sei im Umweltausschuss vorgeschlagen worden, als Gemeinde den Anreiz zu erhöhen und die zugesagte Prämie der Energieversorger zu verdop-

pehn. Wie viele Haushalte in Volders ein solches Angebot annehmen, könne man schwer sagen, aber es wäre ein Signal in die Richtung, nicht unnötig Strom bzw. Energie zu verbrauchen. Der Vorschlag (Entwurf der Aussendung wird gezeigt):

Eintauschprämien bzw. Förderungen für Kühl- und Gefriergeräte:

Effizienzklasse	Tischgeräte bis 85 cm Bauhöhe ab 50 l Gesamtnutzzinhalt	andere Gerätetypen ab 50 l Gesamtnutzzinhalt
A+	25,- Euro vom Energieversorger + 25,- Euro von d. Gemeinde	50,- Euro vom Energieversorger + 50,- Euro von d. Gemeinde
A++	50,- Euro vom Energieversorger + 50,- Euro von d. Gemeinde	100,- Euro vom Energieversorger + 100,- Euro von d. Gemeinde

Kühltruhen fallen zu den Gerätetypen ab 50 l Gesamtnutzzinhalt

GV Mag. Stauder, Finanzreferent, sieht hier keine Gefahr für das Budget und schlägt vor, den Vorschlag zu unterstützen.

Nach Beantwortung einiger Anfragen zu diesem Vorschlag lässt Bgm. Harb über den Vorschlag des Umweltausschusses abstimmen.

Beschluss: Einstimmig wird beschlossen, den Kühl- und Gefriergerätaustausch wie vorgeschlagen zu fördern. Diese Aktion gilt nur für Volderer Haushalte.

Index: Energiesparmaßnahmen, Gerätetauschaktion für Kühl- u. Gefriergeräte
e5-Projekt, Gerätetauschaktion für Kühl- u. Gefriergeräte

g) **Energiedatenerhebung (Info).**

GV DI Wessiak erinnert daran, dass man letztes Jahr beschlossen habe, eine Energiedatenerhebung durchzuführen (siehe nachfolgend).

Beschluss für Erhebung siehe GR Nr.28 vom 22.6.2006 u. GR Nr.34 vom 8.2.2007
> Erhebung ist Grundlage für künftiges Energiekonzept der Gemeinde Volders
> weitere Ausarbeitung durch Europ. Zentrum für erneuerbare Energie, Güssing
> Umsetzung unter Beiziehung der Wirtschaft / Biomasselieferanten

Die Rücklaufquote der Fragebögen sei, so GV Wessiak, teilweise bei über 50% gelegen. Die erhobenen Daten habe man in einem Bericht zusammengefasst (siehe Vorlage). Nun wäre vorgesehen, ein Energiekonzept vom Europäischen Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing ausarbeiten zu lassen, wobei die Kosten hierfür – ursprünglich rund 5.000,- Euro - doch um einiges geringer ausfallen müssten, da der vorliegende Bericht etliches an Ergebnissen schon gebracht habe. Den beiden Datenerhebern Michael Plattner (Bauamt) und Manuel Erlacher (Ferialpraktikant) zollt er großes Lob für die gute Ausarbeitung der Daten.

Bgm. Harb meint, ihn hätten einige im Dorf angesprochen und gemeint, es wäre interessant zu erfahren, was mit den erhobenen Daten geschehe. Er schlägt daher vor, dass man im Gemeindeblatt einen Bericht darüber abgibt.

GV DI Wessiak sagt zu, dies zu veranlassen.

Beschluss: Einstimmig wird diese Information über die Energiedatenerhebung zur Kenntnis genommen.

Index: Energiedatenerhebung, Info über durchgeführte Erhebung

h) **Weihnachtsbeleuchtung 2007.**

GV DI Wessiak erinnert an seinen Artikel „Einfach zum Nachdenken“ im Gemeindeblatt 1/2007, wo er seine Gedanken zum Thema „ausufernde Weihnachtsbeleuchtung“ kundgetan habe. Er habe damals vorausgeschickt, dass ihn einige für verrückt erklären würden, sei aber dann sehr überrascht worden von positiven Anrufen und zustimmenden Briefen. Das würde ihn – wie schon im Umweltausschuss vorgeschlagen – veranlassen, in einer Aussendung, vielleicht zusammen mit der Kühlgeräte-Tauschaktion, die Haushalte aufzurufen, auf grelle und aufdringliche Weihnachtsbeleuchtung zu verzichten. Der Vorschlag des Umweltausschusses dazu würde lauten:

Reduzierung der Gemeinde-Weihnachtsbeleuchtung!

(Gemeinde soll mit gutem Beispiel vorangehen.)

- Nicht mehr angebracht werden sollen die Tannenbäume an den Straßenbeleuchtungsmasten!
- Verbleiben soll die Beleuchtung (Lichterketten) nur mehr auf dem Baum am Gde.- bzw. Dorfplatz und auf den beiden Bäumen vor dem Raika-Gebäude.
- Die Christbäume am Kirchplatz und bei der Karlskirche werden weiterhin beleuchtet sein.
- Der Baum zwischen Kirche und Gasthof Jagerwirt wurde im Frühjahr gestutzt. Es ist keine Beleuchtung mehr vorhanden.
- Die Beleuchtung bei den zwei Kastanienbäumen am Kirchplatz soll nicht mehr angebracht werden!

Sicher würden ihn jetzt - auch hier im Sitzungszimmer – einige der Mandatäre für verrückt erklären, meint GV Wessiak. Er glaube aber, dass man sich durchaus auch getrauen sollte, einmal so etwas anzugehen. Es gebe zu Weihnachten so viel Licht bzw. überflüssige Beleuchtung (siehe Innsbruck schon Mitte November), was mit Weihnachtsstimmung überhaupt nichts mehr zu tun habe. Wenn die Gemeinde aber mit gutem Beispiel vorangehe, dann gebe es vielleicht da doch den ein oder anderen, der das nachahmenswert empfindet.

GV Mag. Stauder findet den Vorschlag durchaus nicht „verrückt“ und meint, es sei erschreckend, wie viel Kitsch – nicht nur in Innsbruck – an den Häusern teilweise angebracht werde. Er sei für diese Maßnahme.

GV Moriel meint, er habe mit GV Wessiak schon über dieses Thema gesprochen. Das Weglassen der Bäumchen an den Straßenlampen würde ihn nicht stören. Wenn UnternehmerInnen aber eine Weihnachtsbeleuchtung am eigenen Gebäude wollen, könne man nichts dagegen tun. Die Lichterketten an Bäumen (vor wenigen Jahren erst gekauft) sollte man aber belassen. Er rate überdies zur Verwendung von LED-Leuchten, die wesentlich weniger Strom brauchen würden.

Bgm. Harb erklärt, er habe vor Jahren mit der Wirtschaft diese Bäumchen-Aktion ins Leben gerufen. Wegen der geringen Auswahl (3 Produkte) sei damals nur diese Art der Weihnachtsbeleuchtung für Volders in Frage ge-

kommen, die anderen seien zu extrem gewesen. Er wolle trotzdem festhalten, dass es ihm besser gefalle, wenn nach Weihnachten die Bäumchen wieder verschwunden seien.

Beschluss: Im Sinne des Vorschlages des Umweltausschusses wird beschlossen, auf die Anbringung der Weihnachtsbeleuchtung (Bäumchen) an den Straßenlaternen künftig zu verzichten.

GV DI Wessiak zeigt sich erfreut über diese Zustimmung des Gemeinderates und meint, er hätte das nicht erwartet.

Index: Weihnachtsbeleuchtung, Reduzierung der Beleuchtung

zu 10)

Verkehrsverhältnisse Volders; Antrag von Manfred Lechner, Volderer Weg Nr. 41 a, Wattens, auf Verfügung eines Fahrverbotes für Mopeds auf dem Wattener Weg (Verbindungsweg zwischen Volders und Wattens).

GV DI Wessiak verweist auf den vorliegenden Antrag. Dieser sei ja im Gemeinderat schon einmal behandelt worden, mit dem Ergebnis, dass sich der Verkehrsausschuss mit diesem Thema befassen soll. In der gestrigen Sitzung habe man nun folgenden Vorschlag für den Gemeinderat:

Man soll die Verkehrsregelung so belassen, wie sie ist (Mopeds sollen auf dem Wattener Weg weiterhin fahren dürfen)! Der Vorschlag der Marktgemeinde Wattens (AD Dr. Schmadl), auch den Schwimmbadweg für die Mopedfahrer frei zu geben, wird nicht gutgeheißen. Begründung: Die Nachteile wären erheblich. Auf dem Schwimmbadweg sind viele Sparziergänger (auch aus dem Seniorenheim) unterwegs und viele Radfahrer benützen diese Strecke für den Schwimmbadbesuch (auch Skaterpark) und dgl.

GV Mag. Stauder hält fest, dass diese Meinung auch dem Vorschlag des Landwirtschaftsausschusses entsprechen würde.

Bgm. Harb meint, er hätte sich vorstellen können, dass man den Schwimmbadweg für Mopedfahrer öffnet. Er wolle sich aber gerne den Vorschlägen anschließen.

GR Frischmann erklärt, es gebe am Wattener Weg an der Gemeindegrenze zu Wattens eine 30-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung. Da ein Argument ja laute, dass die Mopedfahrer in diesem Bereich so schnell fahren, dann solle halt die Exekutive sich einmal dort hin stellen und die Schnellfahrer bestrafen. Bei 30 km/h würde man auch Mopedfahrer nicht so störend empfinden.

GR Baumann meint, es sei nur sehr schwierig, von den Mopeds beim Vorbeifahren die Nummern abzulesen. Auch wegen der Helme könne man sie nur schwer erkennen.

Beschluss: Nach diesen Wortmeldungen wird einstimmig beschlossen, dem Antrag von Manfred Lechner, auf dem Wattener Weg ein Mopedfahrverbot zu verfügen, nicht stattzugeben.

Index: Verkehrsverhältnisse Volders, Lechner / Mopedfahrverbot am Wattener Weg?
Wattener Weg, Lechner / Antrag auf Mopedfahrverbot?

zu 11) **Abschluss einer Klimaschutz – Zielvereinbarung im Rahmen des klima:aktiv mobil / Beratungs- und Förderprogramms des Lebensministeriums.**

GV DI Wessiak schlägt unter Verweis auf die vorliegende Unterlage vor, eine Klimaschutz-Zielvereinbarung zu unterfertigen, die das Ziel hat, eine Reduktion der CO₂-Emissionen zu erreichen. Im Prinzip gehe es hier um die Durchführung verschiedener Maßnahmen, die in der Gemeinde Volders bereits seit einiger Zeit umgesetzt werden (siehe Vorlage). Diese könnten natürlich weiter ergänzt bzw. ausgeweitet werden, u.a. wäre auch eine Befragung der BürgerInnen zur Situation für RadfahrerInnen in der Gemeinde noch zu machen. Grundsätzlich habe hier die Gemeinde Volders schon viel getan. Er schlägt daher vor, diese Klimaschutz-Zielvereinbarung zu unterfertigen.

Beschluss: Einstimmig erklärt der Gemeinderat von Volders den Beitritt zum klima:aktiv mobil Beratungsprogramm "Mobilitätsmanagement für Städte, Gemeinden und Regionen". Volders will mit verschiedenen Aktionen eine umweltfreundlichere Abwicklung des Verkehrs im eigenen Gestaltungsbereich verwirklichen und damit eine Reduktion der CO₂-Emissionen erreichen.

Index: Lebensministerium; Abschluss einer Klimaschutz-Zielvereinbarung
Klimaschutz, Abschluss einer Klimaschutz-Zielvereinbarung

Neuaufnahme in die Tagesordnung:

zu 12) **Bebauungsplanänderung (GZI. 029):
Erlassung eines „Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes“ für die Gste. 1182/16 u.a., KG Volders (Bereich Moatelerweg).**

Bgm. Harb teilt mit, dass während der Auflagefrist vom Rechtsanwalt der Fa. Jenewein Bau GmbH, Götzens (RA Dr. Pfurtscheller, Innsbruck), eine Stellungnahme zum Bebauungsplan eingelangt ist. Zu den vorgetragenen Punkten nimmt der Bürgermeister dann in der Folge – unter Bezugnahme auf die heute eingelangte Stellungnahme von Herrn Arch. DI Stock, Raumplaner, zum Schreiben von RA Dr. Pfurtscheller - im Detail Stellung (siehe Vorlage). Aus dessen Sicht ist keines der rechtsanwaltlich vorgebrachten Argumente inhaltlich im gegenständlichen Bebauungsplan zu berücksichtigen.

Der trotzdem etwas abgeänderte Bebauungsplan sieht im Detail folgende Bebauungsrichtlinien vor (siehe auch Stellungnahme zum Bebauungsplan von Arch. DI Stock, Raumplaner, vom 15.11.2007):

Bebauungsrichtlinien (neu):

Gste. 1177/49, 1177/50 -----	Gste. 1182/2, 1182/15 -----	Gste. 1182/16, 1182/17 -----
BMD M 0,45	BMD M 0,45	BMD M 0,45
BMD H 1,50	BMD H 1,50	BMD H 1,50
BW o 0,6 TBO	BW o 0,6 TBO	BW o 0,6 TBO
BP H 900m ²	BP H 580m	BP H 580m ²
OG H 2	OG H 2	OG H 2
TR H 568,37 üNN	TR H 566,49 üNN	TR H 565,78 üNN
HG H 569,37 üNN	HG H 567,49 üNN	HG H 566,78 üNN

GV Moriel meint, man habe im Techn. Ausschuss im Detail diesen neuen Bebauungsplan beschlossen und könne empfehlen, diesen so zu genehmigen.

Man ist allgemein aber der Ansicht, dass künftig doch wieder ein entsprechender Höhenbezugspunkt in einem Bebauungsplan eingetragen werden soll, auch mit Angabe der Traufenhöhe (TR H) und der höchsten Gebäudehöhe (HG H). Mit der verkürzten Auflagefrist erklärt man sich einverstanden.

Beschlüsse:

Einstimmig wird beschlossen, den Entwurf über die Erlassung eines „Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes“ laut § 65, Abs. 3, TROG 2006 LGBL 27/2006 idgF. für die Gste. 1182/2, 1182/15, 1182/16, 1182/17, 1177/49 und 1177/50, alle GB Volders (Bereich Moatelerweg), nach den Bestimmungen des § 65, Abs. 1, TROG 2006, LGBL. Nr. 27/2006, laut vorliegender planlicher Darstellung und Legende (von Arch. DI Elmar Stock, 6060 Hall i.T.) ab dem Tag der Kundmachung zwei Wochen hindurch während der Amtsstunden im Gemeindeamt Volders zur allgemeinen Einsicht aufzulegen.

Personen, die in der Gemeinde Volders ihren Hauptwohnsitz haben und Rechtsträger, die in der Gemeinde Volders eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach Ablauf der Auflegungsfrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Gleichzeitig wird einstimmig beschlossen, den „Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplan“ für die Gste 1182/2, 1182/15, 1182/16, 1182/17, 1177/49 und 1177/50, alle GB Volders (Bereich Moatelerweg), nach den Bestimmungen des § 65, Abs. 2, TROG 2006, LGBL. Nr. 27/2006, laut vorliegender planlicher Darstellung und Legende (von Arch. DI Elmar Stock, 6060 Hall) endgültig zu erlassen. Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Index: Bebauungsplanänderung, Bereich Moatelerweg (GZI. 029)
 Moatelerweg, Bebauungsplanänderung (GZI. 029)
 Jenewein Bau GmbH, Fa., Bebauungsplan „Moatelerweg“ (GZI. 029)

zu 13) **Gemeindesaal Volders; Vergabe eines Wartungsvertrages für den Personenaufzug der Fa. Schindler.**

Bgm. Harb schlägt vor, für den neuen Aufzug im Gemeindesaal einen Wartungsvertrag mit der Fa. Schindler, Neu-Rum, abzuschließen. Beim Lift in der Hauptschule habe man damals gemeint, eine Halbwartung würde auch genügen. Es habe sich dann aber gezeigt, dass diese gegenüber der Vollwartung kaum billiger käme. Er schlage daher vor, dass man – entsprechend dem Angebot – einen Vollwartungsvertrag abschließt.

Kosten Wartungsvertrag:

Vollwartung	€	2.205,--
Servitel e-Alarm	€	437,--
Vergütung jährlich / netto	€	2.642,--
während der Gewährleistungsfrist	€	1.321,-- (für 3 Jahre)

Vertragsdauer: 10 Jahre / Verlängerung jeweils um 1 Jahr, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird (siehe Angebot)

Vertragsbeginn: 1.11.2007

Beschluss: Einstimmig wird beschlossen, bei der Fa. Schindler Aufzüge und Fahrtreppen AG, Neu-Rum, einen Vollwartungsvertrag für den Aufzug im Gemeindesaal Volders laut dem vorliegenden Angebot abzuschließen.

Index: Gemeindesaal Volders, Wartungsvertrag für Personenaufzug

Anträge / Anfragen / Allfälliges (§ 42 TGO 2001).

Zu Punkt „Allfälliges“ werden keine Wortmeldungen vorgetragen.

Der Schriftführer:

Bürgermeister:

Josef Wurzer eh.

Max Harb eh.

Daten zur 42. GR-Sitzung vom 15.11.2007:

nicht anwesend waren:

Vzbgm. Meixner Walter

Ersatz:

GR Klingenschmid Joh. Georg (Ersatz f. Vzbgm. Meixner)

Beschlüsse:

23

davon einstimmig:

22

nicht einstimmig:

1

Anfragen:

-

Informationen:

-

Angelobungen:

-

Gäste:

-

Zuhörer:

1

Pressevertreter:

1

Sitzungsdauer:

2 Stnd. / 30 Min.